

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 27 (1986)
Heft: 21

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In Kürze

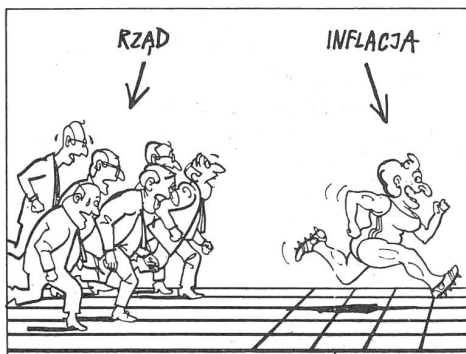
Polen hat im September erneut sein Geld abgewertet. Der Dollar (seinerseits etwa Fr. 1.70 wert) gilt jetzt offiziell 200 Zloty; vor fünf Jahren, im Oktober 1981, stand er bei 34 Zloty. Keinen Einfluss hat der neue amtliche Kurs auf den schwarzen Markt. Dort bietet man für einen Dollar nicht weniger als 700 Zloty. Der monatliche Durchschnittsverdienst von Arbeitern und Angestellten beläuft sich auf knapp 20 000 Zloty. Der interne Wert des polnischen Geldes ist für den Konsumenten höher als der Wechselkurs: Ein Zloty hat die Kaufkraft von ungefähr zwei Rappen. Die dafür erhältliche Ware ist allerdings qualitativ meist schlechter.

★

«In Sachen Telefon steht in Europa heute Polen an letzter Stelle», klagt die Warschauer Zeitung «Express Wieczorny» vom 5. 9. 1986. Auf 100 Einwohner kommen in Schweden 89, in der Schweiz 80 und in Polen 7 Apparate. Pro Einwohner und Jahr zählt man in der Schweiz 1328, in Österreich 461 und in Polen 35 Telefongespräche. Das ist noch nicht unbedingt ein schlüssiger Beweis dafür, dass Polen wirklich an letzter Stelle steht; man müsste da zum Beispiel die albanischen Vergleichswerte kennen. Statt dessen ergänzt «Express Wieczorny» seine Liste mit den aussereuropäischen Rekordzahlen der USA, vielleicht in der Absicht, den Leser besser merken zu lassen, dass die UdSSR fehlt. Wie immer: Die kommunikationstechnische Rückständigkeit hat den einen Vorteil, dass die Überwachung leichter fällt.

★

Polen hat die Zollfreigrenze für Kaffee von bisher 3 kg auf 15 kg erhöht. Wer davon profitiert, sind die Empfänger von Geschenkpaketen; im



Regierung und Inflation. Karikatur aus der studentischen Schriftenreihe «Polnisch-polnisches Gespräch», Krakau.

Detailhandel zu kaufen ist Kaffee nämlich zurzeit überhaupt nicht.

★

Ungewohnte Aussagen über Radio Moskau: In einem Interview (11. 9. 1986) erklärt der Schriftsteller Georgi Kunizin, dass der allgemein verbreitete «moralische Zerfall» in der UdSSR auf eine Sphäre übergegriffen habe, «die jahrhundertlang, wenn nicht jahrtausendlang, von der Ehrlichkeit geprägt war: die Medizin».

In verschiedenen Organisationen des Gesundheitswesens sei es in den letzten Jahren so weit gekommen, «dass sich die Kranken ganz einfach verurteilt vorkommen, wenn sie den Ärzten – vor allem den Chirurgen – und den Krankenschwestern kein Bestechungsgeld anbieten». Den Abschluss des Interviews bildet ein pointierter Satz: «Wer extra zahlt, darf leben.»

So neu ist allerdings der geschilderte Übelstand im sowjetischen Gesundheitswesen auch nicht. Nur war es bisher den (inländischen und ausländischen) «Feinden des Sozialismus» vorbehalten, ihn beim Namen zu nennen. Seine Darstellung in den offiziellen sowjetischen Medien hat mit der von Gorbatschow angekündigten und geforderten Transparenz («glasnost») zu tun. Tatsächlich sind die publizistischen Behandlungsmöglichkeiten vor allem in sozialen Belangen erweitert worden. Unberührbar bleiben die machtrelevanten Themen wie zum Beispiel das Militär im allgemeinen oder der Afghanistan-Krieg im besonderen.

Was aber der «glasnost» auch *dort* fehlt, wo sie spielt (sie tut es unterschiedlich und häufig erratisch, ohne dass plausible Kriterien einsichtig würden), das ist die Tiefe. Der Schriftsteller Oleg Wolkow etwa hält der sowjetischen Öffentlichkeitsarbeit zugute, dass sie mehr von Missständen spreche als zuvor, wirft ihr aber vor, von den Wurzeln nicht zu reden. Seine diesbezüglichen Überlegungen sind unter dem Titel «Sametki o glasnosti» (Anmerkungen zur Offenheit) erschienen. Aber wo? Im Samisdat, das heisst im verbotenen Schrifttum. Eben.

★

Die Sowjetunion will in der Fünfjahresperiode 1986 bis 1990 rund 1,1 Millionen personal computers (PC) produzieren. Laut Prof. Naumow, der an der Akademie der Wissenschaften dem Informatik-Institut vorsteht, ist das ein «Sprung»; bisher habe man einige Tausend PC pro Jahr hergestellt; nunmehr würden es einige

Hunderttausend. (Die Sowjetunion zählt 290 Millionen Einwohner.) Als Bezüger kommen neben Ämtern und Unternehmen vor allem Schulen in Betracht. Ihr Gesamtbedarf wird mit 1 Million PC angegeben. Viele Heimcomputer wird es da nicht geben. Die Losung für das Informatikwesen darf wohl so umschrieben werden: möglichst grosse Breitenentwicklung für möglichst wenig unkontrollierbaren Gebrauch.

★

In der Sowjetunion will man bis 1990 den Durchschnittslohn für Arbeiter und Angestellte um 15 % auf 218 Rubel pro Monat steigern. Der Rubel hat eine Kaufkraft von ungefähr zwei Franken.

★

Bis zum Jahr 2000 will die Sowjetunion ihr «Defizit» (ihren Mangel) an Wohnraum beheben. Gemeint sind dabei insbesondere zwei Dinge. Erstens einmal soll der Pro-Kopf-Anspruch an Wohnfläche erfüllt werden. Er beträgt 12 m² für die RSFSR (Russische Föderation/Russland) und 10 m² für die meisten der übrigen 14 Sowjetrepubliken. Gegenwärtig ist es so, dass die Bezugsberechtigten bloss auf einer Warteliste eingetragen werden; bis ihr Anspruch erfüllt wird, können Jahre und Jahrzehnte verstreichen. Zweitens soll jede Familie eine Wohnung für sich allein bewohnen dürfen. Gegenwärtig können das nur 80 Prozent der Familien; die übrigen teilen die Wohnung mit andern Parteien (zugewiesene Einzelpersonen oder wiederum ganze Familien).

Hierzu ist anzumerken, dass die diesbezügliche Relation von 80 zu 20 % seit ungefähr 20 Jahren besteht, und dass man die ganze Zeit über verspricht, den Grundsatz «eine Wohnung pro Familie» in absehbarer Zeit zur Realität werden zu lassen.

Die Fortschrittslosigkeit in dieser Beziehung ist eigentlich erstaunlich, denn dass in der Sowjetunion viel gebaut wird, ist nicht nur eine amtliche Versicherung, sondern auch eine augenfällige Erscheinung. (Der Tourist kann ihrer gerade *dann* gewahr werden, wenn er sich der Intourist-Obhut entzieht und sich auf eigene Faust in den Aussenquartieren umtut.) Warum führen dann die Anstrengungen nicht weiter? Es gibt dafür eine demographische und eine systemspezifische Deutung. Zum einen werden in der UdSSR ähnlich wie bei uns die Familien im Durchschnitt kleiner; dementsprechend steigt der Bedarf an Wohnungen. Zum andern verkommen Neubauten schneller als bei uns zu Abbruchobjekten.

Und von alledem abgesehen: Man könnte natürlich mit dem Geld, das man ausgibt, um in Afghanistan die Häuser der Landbewohner kappuzumachen, eine Menge Häuser in der UdSSR bauen. Aber das ist hier ein anderes Thema und dort überhaupt kein Thema. ■